



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

05.06.2007

Pressemitteilung

250.000 Euro pro Stadtbezirk mehr - SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Aufstockung der HH-Mittel für die Stadtbezirke erreichen.

Zwischen 455.000 € und 670.000 € belaufen sich die Haushaltsmittel der 12 Bezirksvertretungen, über die sie jährlich verfügen können.

Vielfach haben Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter von SPD und GRÜNEN sowie die Bezirksvorsteher den Wunsch nach einer Erhöhung der Budgets geäußert.

Seitdem die Bezirksvertretungen eigene Haushaltsmittel haben, können sie vor Ort viel schneller und unbürokratischer auf Missstände reagieren und wichtige Akzente für die Entwicklung der Stadtteile setzen als vorher. SPD und GRÜNE vertreten die Auffassung, dass jeder Euro, den die Bezirksvertretungen zusätzlich bekommen, zielgerichtet und unbürokratisch in die Verbesserung der Infrastruktur, in Kindergärten, Schulen, Sportanlagen, Plätze oder Straßen fließen kann. Durch die detaillierte Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und der Strukturen vor Ort kommt das Geld direkt dort an, wo Hilfe im Stadtbezirk erforderlich ist.

Die Stärkung der Bezirksvertretungen ist erklärtes gemeinsames Ziel von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Angestrebt wird deshalb eine pauschale Erhöhung der BV-Budgets um 250.000 Euro. Dem Oberbürgermeister ist der Wunsch bekannt, und er wird diesen in den Haushaltsberatungen positiv begleiten.

Damit ist ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Entscheidungskompetenz vor Ort erfolgt. Die in den Bezirksvertretungen tätigen Kommunalpolitiker sind es in erster Linie, die mit den Wünschen und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort konfrontiert sind und diese aufgreifen. Sie erfahren als erste, wo ein Bordstein noch nicht abgesenkt worden ist und wo soziale Probleme auftauchen. Deshalb sind sie es auch, die oftmals besser entscheiden können, an welcher Stelle die zur Verfügung stehenden Mittel zuerst verausgabt werden sollten, wobei die Arbeit in den Stadtbezirken, der Immobilienverwaltung, sowie des Hoch- und Tiefbauamtes wie in der Vergangenheit eng verzahnt werden muss, um die Abarbeitung der gesamtstädtisch erarbeiteten Prioritätenlisten zu gewährleisten.